

Wie die Rente sicher bleiben kann

Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Ruheständler versorgen. Wie gelingt ein fairer Ausgleich?

Von Roland Preuß

Das Gute am Ruhestand ist, dass ihn viele Menschen heutzutage überhaupt erleben. In früheren Zeiten starb ein bedeutender Teil eines Jahrgangs bereits vor dem Rentenalter – und wer es erreichte, konnte zum Beispiel 1960 als Mann mit durchschnittlich nicht einmal zehn Jahren im Ruhestand rechnen. Inzwischen sind es rund 19 Jahre. Die gesündere Lebensweise und der medizinische Fortschritt haben aus wenigen letzten Jahren einen ausgewachsenen Lebensabschnitt gemacht. Der allerdings will auch finanziert sein.

Wo das Problem liegt

Die Zukunft der Renten gilt als eine der größten Herausforderungen für die Politik: In den kommenden Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge, die sogenannten Babyboomer, in den Ruhestand, während deutlich kleinere Jahrgänge ins Berufsleben einsteigen. Immer weniger Jüngere müssen immer mehr Ruheständlern die gesetzliche Rente finanzieren.

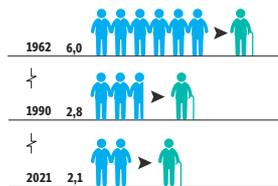
Das bedeutet nicht nur höhere Rentenbeiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, es bedeutet auch einen kleineren Spielraum für Zukunftsinvestitionen des Staates, weil der Bund die steigenden Lasten mit Steuergeld abfedert. Schon jetzt zahlt er jährlich rund 110 Milliarden Euro zur Finanzierung der Rente. Während zugleich mehr Geld gefordert wird für Verteidigung, für Investitionen in Klimawende und Elektromobilität, für digitale Infrastruktur wie Internet im Glasfasertempo. Die zusätzlichen Kosten der Altersvorsorge müssen gestemmt und verteilt werden, ohne die Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen.

Was schon versucht wurde

Fachleute haben das Problem seit Jahrzehnten kommen sehen. Sie liefern regelmäßig die „Bevölkerungsvorausberechnung“, Sterbetafeln zeigen auf, wie lange Rentnerinnen und Rentner im Schnitt leben. Die Politik hat reagiert: Die damalige große Koalition beschloss 2007 die sukzessive Anhebung des Renteneintrittsalters von damals 65 Jahren, derzeit liegt es bei gut 66 Jahren, von 2031 an wird man regu-

Schwierige Finanzierung

So viele ■ Beitragszahler kommen für ■ einen Rentner auf



SZ-Grafik. Mainka, Quelle: Deutsche Rentenversicherung

lären erst mit 67 in Rente gehen können. Zudem bauten diverse Bundesregierungen die private Vorsorge neben der gesetzlichen Rente aus: Betriebsrenten werden steuerlich gefördert, für Niedrigverdiener gibt es staatliche Zuschüsse. Auch private Rentenverträge unterstützt der Staat. Für die Riester-Rente gibt es eine üppige Förderung vor allem für Geringverdiener, Selbstständige unterstützt der Staat bei der sogenannten Rürup-Rente. Die privat aufgebauten Säulen sollen die schwindende Kraft der gesetzlichen Rente unterstützen.

BITTE LÖSEN!

Zehn Herausforderungen für Deutschland – und wie man sie meistern könnte. SZ-Serie • Folge 4

Allerdings zeigt sich: Das alles reicht nicht. Obwohl die Menschen offiziell immer länger arbeiten müssen, gibt es immer mehr Rentner. Die Jahrgänge, die bald in Rente gehen, sind nicht nur sehr zahlreich, sie beziehen ihre Rente im Schnitt auch deutlich länger als noch vor 30 oder 40 Jahren. Dies müssen die Beitragszahler finanzieren. Und die private Zusatzvorsorge wird vielen nicht helfen. Es gibt zwar fast 16 Millionen Riester-Verträge, die Ruheständlern einmal das Einkommen aufbessern werden. Aber ausgerechnet Geringverdiener haben besonders selten Riester- und Rürup-Verträge abgeschlossen. Bei den 20 Prozent mit den niedrigsten Einkommen ist es nicht einmal jeder Fünfte. „Private Vorsorge kann nur bei denen stattfinden, die etwas sparen können“, sagt Oskar Goecke, Rentenexperte und Professor an der Technischen Hochschule Köln. Ähnlich sieht es bei den Betriebsrenten aus. Auch sie sind bei Geringverdienern weiterhin die Ausnahme.

Was will die Ampel tun?

Die Ampelkoalition setzt auf punktuelle Reformen und will den Bürgern die Sorge nehmen, sie ständen im Alter mit einer Minirente da. Auf Betreiben der FDP greift seit vergangem Jahr zwar wieder der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor und dämpft damit den Anstieg der Renten etwas. Die Höhe der Renten soll aber grundsätzlich stabilisiert werden bei 48 Prozent. Der Wert beschreibt das Verhältnis der Rente zum durchschnittlichen Einkommen für den Fall, dass jemand 45 Beitragsjahre angesammelt hat. „Das Rentenniveau von 48 Prozent ist nach allgemeiner Einschätzung eine Schmerzgrenze. Es wird extrem ambitioniert, diese Grenze zu halten. Deshalb ist klar, dass wir etwas machen müssen“, sagt Rentenexperte Goecke.

Machen will die Bundesregierung etwas mithilfe des Kapitalmarkts. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) plant Milliarden für einen staatlich organisierten Fonds bereitzustellen, der das Geld am Kapitalmarkt anlegen soll. Die Gewinne sol-



ILLUSTRATION: LISA HINGEL

len später der gesetzlichen Rentenkasse zugutekommen und so den Anstieg der Rentenbeiträge dämpfen. Allerdings würden die Erträge erst Mitte der 2030er-Jahre fließen. Zudem müssten viele Milliarden in den Fonds fließen, wenn er die Rentenkasse spürbar entlasten soll. Ein entsprechendes Rentenpaket wollen Lindner und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) noch im Sommer vorlegen.

Zusätzlich geplant ist ein Ausbau der privaten Vorsorge. Die Riester-Rente soll reformiert und gerade für Geringverdiener attraktiver werden. Gerade hat ein Expertengremium der Regierung entsprechende Vorschläge gemacht. Ob es dazu kommt, ist allerdings unklar. Im Koalitionsvertrag steht lediglich, dass eine solche Reform geprüft werden soll. Rentenkürzungen oder ein höheres Renteneintrittsalter als 67 Jahre haben die Koalitionäre ausdrücklich ausgeschlossen. „Im Koalitionsvertrag steht vor allem drin, was man nicht machen möchte. Man sitzt das Problem aus“, sagt Silke Übelmesser, Professorin an der Universität Jena.

Wie könnte die Lösung aussehen?

Fachleute sind sich weitgehend einig: Wenn die Ruheständler auch in Zukunft einen guten Lebensstandard haben sollen, so muss man das Netz der Altersversorgung an mehreren Stellen stärken. „Es gibt nicht die eine Lösung“, sagt Übelmesser.

Der erste und womöglich politische heikelste Punkt ist, dass Beschäftigte noch etwas länger berufstätig sein müssen, wenn sie länger leben. „Wir werden nicht darum

herumkommen, länger zu arbeiten. Konkret werden wir eine Kopplung der Lebenserwartung an das Renteneintrittsalter brauchen“, sagt die Rentenexpertin Übelmesser. In der Debatte ist, dass die Menschen für jedes zusätzliche Lebensjahr, das sie voraussichtlich Rente beziehen, vier Monate, also ein Drittel der Zeit, länger arbeiten können, müsste es dann Möglichkeiten geben, früher in Rente zu gehen oder umzuschulen.

Helfen würde zudem, wenn mehr Menschen sozialversicherungspflichtig arbeiten oder pro Woche länger arbeiten als bisher. So würde zusätzlich Geld in die Rentenkasse fließen – und die Beschäftigten würden später eine höhere Rente bekommen. „Man wird mehr Menschen in die Erwerbstätigkeit holen müssen, etwa Frauen und Beschäftigte in Teilzeit“, sagt Übelmesser. Auch Zuwanderer können das Rentensystem stützen, wenn sie in die Rentenkasse einzahlen. Das sei ein weiterer Baustein, sagt Übelmesser, könne „aber nur einen begrenzten Beitrag leisten“.

Um die Lasten der Jüngeren zu verringern, müsste man zudem die regelmäßigen Steigerungen bei höheren Renten neu regeln. „Ein Modell könnte sein, die Renten nach dem Beginn parallel zu den Preisen zu erhöhen“, sagt Übelmesser. Bisher orientieren sich die Rentensteigerungen vor allem an der Entwicklung der Löhne. „Warum nicht? Die Kaufkraft würde so erhalten bleiben. Für niedrige Renten sollte es dann allerdings Sonderregeln geben“, sagt Übelmesser.

Jenseits der gesetzlichen Rente geht es darum, die private Vorsorge zu stärken. Also einen Teil des Einkommens für später anzulegen, möglichst mit Beteiligung der Arbeitgeber. „In allen Ländern, die stärker auf Kapitaldeckung setzen als wir, sind die Systeme leistungsfähiger“, sagt Rentenexperte Goecke. „Der vordringliche Schritt ist, die Betriebsrenten auszubauen. Ausdrücklich auch für Beschäftigte mit geringen Einkommen.“ Hier gibt es noch große Lücken. Zudem sollten die Beschäftigten stärker an den Unternehmensgewinnen beteiligt werden. „Wir können aber jemand, der wenig verdient, schlecht sagen: Kaufe Aktien! Dafür ist das Risiko zu groß. Die Beschäftigten werden aber mehr Risiken als bisher in Kauf nehmen müssen“, sagt Goecke. In Schweden zum Beispiel zahlen Beschäftigte 2,5 Prozent ihres Einkommens in einen staatlich organisierten Fonds oder in private Fonds und bekommen das Geld plus Rendite im Alter ausgezahlt.

Man kann das auskömmliche Leben im Alter aber auch weiter fassen: Werden die Älteren noch gefragt in Zeiten des schnellen Wandels, rasch alternden Wissens und künstlicher Intelligenz, die einem ohnehin alles erzählt? Begegnet man Älteren mit Respekt oder tut sie ab als „Ömchen“ oder „alter weißer Mann“? Wie stark werden Ruheständler noch einbezogen in politische, aber auch gesellschaftliche Fragen, inwiefern werden sie vor allem als Last empfunden? All dies lässt sich nicht mit mehr Geld für die Renten beantworten.

➤ Alle bisherigen Folgen finden Sie unter [sz.de/bitteloesen](https://www.sz.de/bitteloesen)